

Nathaniel Haas, Reinhard Krumm,  
Marlies Murray, Knut Panknin und  
Hannah Tyler  
Januar 2025

# Disruptor-in-Chief: Ein Mandat für radikalen Wandel?

*Analyse der amerikanischen Präsidentschaftswahl*

## Impressum

### Herausgeberin

Friedrich-Ebert-Stiftung e. V.  
Godesberger Allee 149  
53175 Bonn  
info@fes.de

### Herausgebende Abteilung

Friedrich-Ebert-Stiftung, Büro Washington |  
719 A Street, NE | Washington, DC 20002 | USA

### Inhaltliche Verantwortung und Redaktion

Dr. Reinhard Krumm | Direktor | FES USA und Kanada  
reinhard.krumm@fes.de

### Kontakt

fesdc@fesdc.org

### Lektorat

pertext | corporate publishing

### Design/Layout

pertext | corporate publishing  
www.pertext.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V. (FES). Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet. Publikationen der FES dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.

Januar 2025

© Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.

ISBN 978-3-98628-654-5

Weitere Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung finden Sie hier:

➤ [www.fes.de/publikationen](http://www.fes.de/publikationen)

**Nathaniel Haas, Reinhard Krumm, Marlies Murray,  
Knut Panknin und Hannah Tyler**  
Januar 2025

# **Disruptor-in-Chief: Ein Mandat für radikalen Wandel?**

*Analyse der amerikanischen Präsidentschaftswahl*

# Inhalt

1	Einleitung: Ein populistischer Rechtsruck	3
2	Rückblick	4
2.1	Wahlkampf der geteilten Wahrnehmung	4
2.2	Inflation schlägt Investition	5
2.3	Neuausrichtung der Wählerschaft	5
2.4	Ungelöstes Problem Einwanderung	8
2.5	Abtreibung – das Thema, das keines war	8
3	Wahlen zum Kongress	11
3.1	Festgefahrener Senat	11
3.2	Republikaner halten Stand im Repräsentantenhaus	12
4	Aussichten	14
4.1	Neuorientierung der Demokraten notwendig	14
4.2	Republikaner in Trumps Händen?	14
4.3	Internationale Politik: EU, bitte anschnallen	15

# 1

## Einleitung: Ein populistischer Rechtsruck

Die Arbeitnehmer:innen haben mit der Demokratischen Partei abgerechnet. Der Sieg der Republikanischen Partei im Kampf um das Weiße Haus, das Abgeordnetenhaus und den Senat in den US-Wahlen 2024 wirft viele Fragen zur veränderten Wählerorientierung auf. Während die Zielgruppe der Demokraten im Wahlkampf gleich geblieben ist, hat sich die Wählerschaft der Republikanischen Partei vergrößert und diversifiziert: Sie ist zunehmend das Zuhause der arbeitenden Bevölkerung (*blue-collar Americans*), vieler junger Menschen sowie von Wählenden, die ethnischen Minderheiten angehören.

Die Rückkehr von Donald Trump ins Weiße Haus verdeutlicht, dass der populistische Rechtsruck der Vereinigten Staaten im Jahr 2016 keine Ausnahme darstellte, sondern Ergebnis einer sich fortsetzenden gesellschaftlichen Entwicklung ist. Mit dem Obersten Gerichtshof ebenfalls in den Händen einer konservativen Mehrheit (6 zu 3), ist zu erwarten, dass das Land über die nächsten Jahre von einer Trump-geprägten Politik dominiert wird. Die Demokratische Partei muss hingegen nicht nur ihre Niederlage verdauen und reflektieren, sondern sich vielmehr neu definieren.

Donald Trump gewann das *Electoral College* mit 312 der 270 nötigen Wahlstimmen. Es war ein historisch knapper Sieg mit etwas weniger als der Hälfte der Stimmen (49,9 %, 77.234.710 Stimmen). Kamala Harris erreichte im *Electoral College* 226 Stimmen (48,4 %, 74.938.722 Stimmen). Auch das Abgeordnetenhaus befindet sich mit 220 Sitzen für die Republikaner in den Händen einer konservativen Mehrheit, gleichwohl nur knapp vor den Demokraten mit 215 Sitzen (218 Sitze sind zur Mehrheit nötig). Auf der Senatsebene gewann die sogenannte Grand Old Party (GOP) vier Sitze und hält mit 53 Stimmen nun auch die Mehrheit in der zweiten Kammer. Die Demokraten erreichten inklusive der Unabhängigen, die im Senat mit den Demokraten stimmen, nur 47 Sitze (ein Minus von vier Sitzen) und verloren damit ihre Mehrheit. Dass Trump neben dem Weißen Haus auch beide Kammern für sich gewinnen konnte, kam als Überraschung. Dennoch wird ein Durchregieren schwierig werden.

Die neue politische Landschaft der USA zeichnet sich vor dem Hintergrund mehrerer polarisierender Kulturkämpfe und gesellschaftlicher Umbrüche ab, insbesondere bezüglich der Themen Wirtschaft, Inflation, Einwanderung, Abtreibung und Transgender-Rechte. Es sind diese Debatten, welche die Wähler:innen aus allen Bevölkerungsschichten mobilisierten, für Donald Trump und die republikanischen Kandidat:innen auf nationaler Ebene zu stimmen. Das Thema »Erhalt der

Demokratie« hat hingegen nicht mobilisiert. Im Gegenteil: Mit ihrem Wahlsieg glauben Trump und seine Gefolgsleute, ein weitreichendes Mandat und damit die Legitimation erhalten zu haben, die Institutionen neu zu gestalten.

Anfang 2025 stehen die Senatsanhörungen für Trumps Kabinettsnominierungen an. Diese hochrangigen Posten könnten vorrangig an Loyalist:innen vergeben werden, die zum Teil mangelnde Expertise und Erfahrung in ihrem jeweiligen Feld aufweisen. Die Vereinigten Staaten befinden sich in einem historischen Moment, der nicht nur das Land, sondern auch die internationale Handels- und Sicherheitspolitik signifikant prägen wird. Sowohl aus der Wahlkampfanalyse als auch den Resultaten lassen sich relevante Erkenntnisse für die anstehenden Wahlen in Kanada und Deutschland ableiten.

# 2

## Rückblick

### 2.1 Wahlkampf der geteilten Wahrnehmung

Der US-Wahlkampf 2024 war in mehrerlei Hinsicht einzigartig. Noch 105 Tage vor der Wahl war Joe Biden der Kandidat der Demokraten. Die in weiten Teilen der Gesellschaft geäußerte Kritik an Bidens Alter und Kompetenz wurde von der Demokratischen Partei trotz häufiger Thematisierung in den Medien ignoriert oder abgetan. Obwohl die Biden-Administration umfangreiche Gesetzespakete erfolgreich verabschieden konnte, gelang es ihr nicht, diese Erfolge strategisch zu kommunizieren: Joe Biden erlebte als Präsident historisch niedrige Zustimmungswerte. Bidens desaströser Auftritt während der Debatte gegen Donald Trump setzte einen endgültigen Schlussstrich unter jegliche Hoffnungen auf einen erneuten Wahlsieg: Am 21. Juli trat er aufgrund starker Kritik aus den eigenen Reihen als Präsidentschaftskandidat der Demokraten zurück und sprach sich anschließend für die Unterstützung von Vizepräsidentin Kamala Harris als neuer Kandidatin der Demokraten aus.

Mit Kamala Harris kehrten Hoffnung und ein bemerkenswerter Enthusiasmus unter den Progressiven zurück. Für Harris wurde eine umfassende Social-Media-Kampagne eingeleitet, die vor allem junge Menschen mitriss. Den Höhepunkt stellte die Democratic National Convention (DNC) im Sommer in Chicago dar: Ein enormes Spektakel, bei dem sich ein breites Spektrum bekannter Persönlichkeiten aus (Pop-)Kultur, Sport und Politik für Harris aussprachen. Thematisch fokussierte der Parteitag auf das Recht auf Abtreibung und den Schutz der Demokratie. Dafür sollte auch Harris als Kandidatin stehen, die übrigens keinen Wahlkampf damit bestritt, dass sie als erste Frau, zudem mit afroamerikanischen und asiatischen Wurzeln, in der Geschichte der USA die Präsidentschaft gewinnen könne. Tatsächlich war sie auch deshalb bei nicht wenigen Wähler:innen umstritten. Im Nachhinein stellte sich die Arena des Parteitages eher als ein Raumschiff dar, das nach dem Ende der Veranstaltung wieder von der Erdoberfläche verschwand. An Millionen von Menschen ging dieses Spektakel komplett vorbei.

Erste Probleme, die unentschlossene Wählerschaft für sich zu gewinnen, traten schnell zum Vorschein: Da Harris die Nominierung als Kandidatin erst 74 Tage vor der Wahl annahm, stellten sich viele Fragen: Wer ist Kamala Harris? Dieselbe linke Kandidatin, die bei der Präsidentschaftswahl 2019 antrat? Oder eher die Vizepräsidentin unter Biden mit einem wenig vorteilhaften Ruf als Verantwortliche für Migration – ein stark umstrittenes Thema in beiden politischen

Lagern? Oder doch eher die zunehmend konservative Kandidatin im Wahlkampf 2024?

Erst spät im Rennen ließ ihr Wahlkampf-Team sie Interviews geben. Zwar formulierte sie eine lange Liste an Ideen zur US-Wirtschaft, aber es fehlte eine griffige Botschaft. Zudem blieb die Frage offen, ob es eher mit den *Bidenomics* oder einem anderen Ansatz weitergehen würde? Harris versuchte in ihren Auftritten eine gesunde Mitte zu finden, um Abstand von Joe Biden und seiner sinkenden Reputation zu gewinnen, ohne die Erfolge der eigenen Administration herabzuwürdigen. Trotz ihres starken Auftritts in der zweiten und letzten Präsidentschaftsdebatte sowie dem lang anhaltenden Enthusiasmus bei ihren Unterstützer:innen gelang es Harris nicht, entscheidende Teile der Bevölkerung für sich zu gewinnen. Trumps Bekanntheit war von großem Vorteil und seine kontroversen und erratischen Aussagen waren nicht ausschlaggebend, um Unentschiedene abzuschrecken. Zudem genoss Trump den Vorteil, dass große Teile der Bevölkerung die Wirtschaft unter seiner Präsidentschaft positiv in Erinnerung hatten.

Es zeichnet sich vor allem eins ab: Dieser Wahlkampf war ein Wahlkampf der geteilten Wahrnehmung. Trotz der starken Wirtschaft belastete die hohe Inflation vor allem die arbeitende Bevölkerung. Die politischen Lösungen, die Harris der Wählerschaft anbot, drangen nicht zu denjenigen durch, die sie hätte erreichen müssen, um den Demokraten zum Sieg zu verhelfen. Hierfür waren auch die sich verändernden Kommunikationskanäle in diesem Wahlkampf verantwortlich. So existieren kaum noch einheitliche Informationsmedien, mit denen die Mehrheit der Menschen im Land erreicht werden könnte. Die Informationsquellen erstrecken sich vielmehr von sozialen Medienplattformen über verschiedenste Zeitungen und TV-Kanäle bis hin zu Radio-Shows und Podcasts. Vor allem Influencer spielten eine strategische Rolle in diesem Wahlkampf, klassische Medien wie Zeitungen haben hingegen an Bedeutung verloren.

Der Wahlsieg von Donald Trump leitet eine »*post-truth*«-Ära ein: Falschinformationen und Lügen mit einem Faktencheck korrigieren zu wollen, stellte sich als wenig erfolgreiche Strategie heraus. Hinzu kommt die weitgehend unregulierte Macht sozialer Medienkonzerne und einzelner Spender:innen, die über Political Action Committees (PAC) quasi unbegrenzt Gelder zur Unterstützung der Kandidierenden investieren konnten. Trump hatte sich im Wahlkampf die Unterstützung von Tech-Milliardären aus dem Silicon Valley sowie der Krypto-Industrie gesichert. Unter diesen spielte



Elon Musk – angesichts seiner Kapital- und Kommunikationsmacht – eine einmalige Rolle zugunsten Trumps. Er spendete den Republikanern ca. [200 Mio. US-Dollar](#) mittels seines »America PAC«. Problematischer ist jedoch, dass er mit der Plattform X und mehr als 200 Millionen Followern ein riesiges Sprachrohr besitzt, um seine politischen und wirtschaftlichen Interessen voranzubringen. Damit ändern sich die Grundlagen für moderne, transparente und demokratische Wahlkämpfe – nicht nur in den USA.

## 2.2 Inflation schlägt Investition

Die vielleicht schmerzhafteste Einsicht erreichte die Demokraten 2024 in der Wirtschaftspolitik. Jared Bernstein, Vorsitzender des Nationalen Wirtschaftsrats im Weißen Haus und Chefarchitekt der *Bidenomics*, sprach nach der Wahl von „Konfusion“ und „kognitiver Dissonanz“ [der Wähler:innen](#). Wie konnte Amerika die Regierung für eine so beeindruckende Wirtschafts- und Arbeitsmarktwende nach der Corona-Pandemie abstrafen? In Nachwahlumfragen in den sieben umkämpften Bundesstaaten (»Swing States«) nannten tatsächlich vier von zehn Wählenden Wirtschaft und Jobs als die wichtigsten Themen. Dies allerdings im negativen Sinne: Ganz oben rangierte die Frustration über steigende Lebenshaltungskosten. Eine kritische Mehrheit traut Donald Trump zu, dieses Problem anzugehen: Bei der wahrgenommenen [Wirtschaftskompetenz schlug er Harris mit 54 zu 45 Prozent und bei der Frage nach der Senkung der Lebenshaltungskosten mit 54 zu 46 Prozent](#). Vier von fünf Wählenden, für die Wirtschaft das wichtigste Thema war, [wählten Trump](#).

Biden und sein Team machten sich berechnete Hoffnungen, dass sich das Corona-Rettungspaket (*American Rescue Plan*) sowie die massiven Investitionen aus dem *Inflation Reduction Act* (IRA), dem Infrastrukturgesetz und dem *CHIPS and Science Act* auch in Form einer politischen Dividende auszahlen würden. Die drei Investitionsgesetze allein sollten mehr als zwei Billionen US-Dollar in die heimische Wirtschaft pumpen. Hinzu kam, dass gezielt Sektoren der verarbeitenden Industrien sowie neue Technologien und Regionen gefördert wurden, die besonders unter dem Strukturwandel und der liberalen Handelspolitik der vergangenen Jahrzehnte gelitten hatten. Die Demokraten sollten für weiße Beschäftigte im industriellen Kernland, die auf Trumps Wirtschaftspopulismus positiv reagierten, wieder attraktiver werden. Diese Rechnung ging nicht auf.

Makroökonomisch ist die Bilanz Bidens beeindruckend: Das Wirtschaftswachstum lag in den letzten vier Jahren zwischen 2,1 und 5,9 Prozent und wird 2024 etwa 2,5 Prozent betragen. Die [Arbeitslosigkeit](#) erreichte 2023 historische Tiefststände, sowohl für weiße Beschäftigte (3,1 %) als auch für Afroamerikaner:innen (4,8 %). Auch die [Erwerbsquote](#) liegt gegenwärtig höher als vor der Corona-Pandemie, während die Produktivität der Beschäftigten [in den letzten fünf Jahren um 8,9 Prozent stieg](#). Dennoch erwies sich der „Corona-Kater“ gestiegener Preise als zu hartnäckig: Die

Inflation erreichte 2022 neun Prozent und sank nur langsam. Obwohl die Löhne stiegen, konnten sie erst [seit 2023 mit den steigenden Preisen Schritt halten](#). Die Demokraten unterschätzten, dass es vielen Beschäftigten trotz vermeintlich guter Statistiken wirtschaftlich nicht besser ging als 2019. Meinungsumfragen zeichnen ein klares Bild: [Weniger als ein Viertel der Amerikaner:innen bewerteten die wirtschaftliche Lage im Frühjahr 2024 als gut](#).

Gleichzeitig argumentierten die Republikaner, dass allein Bidens expansive Ausgabenpolitik für die gestiegenen Preise verantwortlich sei. Kamala Harris gelang es nicht, Trumps Narrativ einer desaströsen wirtschaftlichen Lage und einfach klingender populistischer Rezepte überzeugend zu konterkarieren. Sie lavierte zwischen der Verteidigung des wirtschaftlichen Ansatzes Bidens und einem eigenständigen, detaillierten Plan einer [Opportunity Economy](#) für die Mittelklasse. Die vielen guten und erfolgversprechenden Ideen konnte sie nicht so formulieren, dass das demokratische Wirtschaftskonzept die Beschäftigten überzeugte. Am Ende brachten die *Bidenomics* mehr Gegen- als Rückenwind für Harris – besonders bitter für Joe Biden und die Demokraten, die ihre gesamte Wirtschaftspolitik auf die Interessen von Beschäftigten und Gewerkschaften ausgerichtet hatten. Trump wird mit großer Wahrscheinlichkeit die Früchte dieser langfristig wirkenden Investitionen ernten und als seinen Erfolg deklarieren. Dafür spricht auch, dass persönliche Einschätzungen der Wirtschaftslage zunehmend mit der politischen Einstellung korrespondieren und sich die Republikaner direkt nach der Wahl diesbezüglich bereits sehr viel optimistischer zeigten.

## 2.3 Neuausrichtung der Wählerschaft

Der Ärger der Wähler:innen hinsichtlich der Bezahlbarkeit von Grundbedürfnissen verdeckt eine strukturelle Entwicklung. Diese hatte vielleicht noch größeren Einfluss auf das Wahlergebnis 2024 und bereitet vielen Demokraten Sorge: die Struktur und Neuausrichtung ihrer Kernwählerschaft. Trump konnte in den letzten acht Jahren zunehmend bei Wählergruppen punkten, die traditionell demokratisch wählten. Dazu gehören vor allem Menschen mit geringerer akademischer Bildung und niedrigeren Einkommen – Weiße und Angehörige ethnischer Minderheiten –, aber auch gewerkschaftlich organisierte Beschäftigte. 2024 spiegelte sich der Rechtsruck jedoch in fast allen demografischen Gruppen wider.

Nach [vorläufigen Untersuchungen](#) gewann Harris vor allem bei Menschen mit einem Einkommen von über 100.000 US-Dollar, verlor jedoch jene mit einem Einkommen von weniger als 50.000 US-Dollar sowie die Mittelklasse mit einem Einkommen zwischen 50.000 und 100.000 US-Dollar. Auch Gewerkschaften – traditionell eine sichere Bank für Demokraten – kehrten ihnen teilweise den Rücken. Zwar lag Harris bei dieser Wählergruppe sieben Punkte vor Trump (53 % zu 45 %), jedoch hatte Biden in derselben Gruppe vor vier

Jahren noch einen mehr als [doppelt so großen Vorsprung von 16 Punkten](#). Auch die Bevölkerungsgruppen der Schwarzen und Latinos bewegten sich in Richtung Trump – bei Ersteren gewann er 19, bei Letzteren 29 Punkte hinzu. Berücksichtigt man den Bildungsgrad, wird der Unterschied noch stärker sichtbar: Bei den nicht-weißen Wähler:innen ohne Hochschulabschluss konnte Trump ganze 37 Punkte zulegen. Das Wahlergebnis 2024 kann somit als ganzheitliche Neuausrichtung der Wählerschaft interpretiert werden. Dabei ist das Land nicht mehr nur politisch in beinahe gleich große Unterstützergruppen gespalten, sondern zum Teil auch innerhalb der verschiedenen demografischen Gruppen.

Progressive Kritik an der Harris-Kampagne und den Demokraten wirft beiden vor, dass sie nicht nur ein Markenproblem hätten, sondern mittlerweile eine Elite vertreten würden, die sich in ihren politischen Positionen zunehmend von der Arbeiterschaft entfernt habe. Dies mag für gesellschaftlich polarisierende Debatten eher zutreffen als für den wirtschafts- und sozialpolitischen Ansatz der Demokraten, doch gerade das Wahlverhalten der gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten legt nahe, dass materielle Erwägungen durch postmaterielle Faktoren verdrängt wurden.

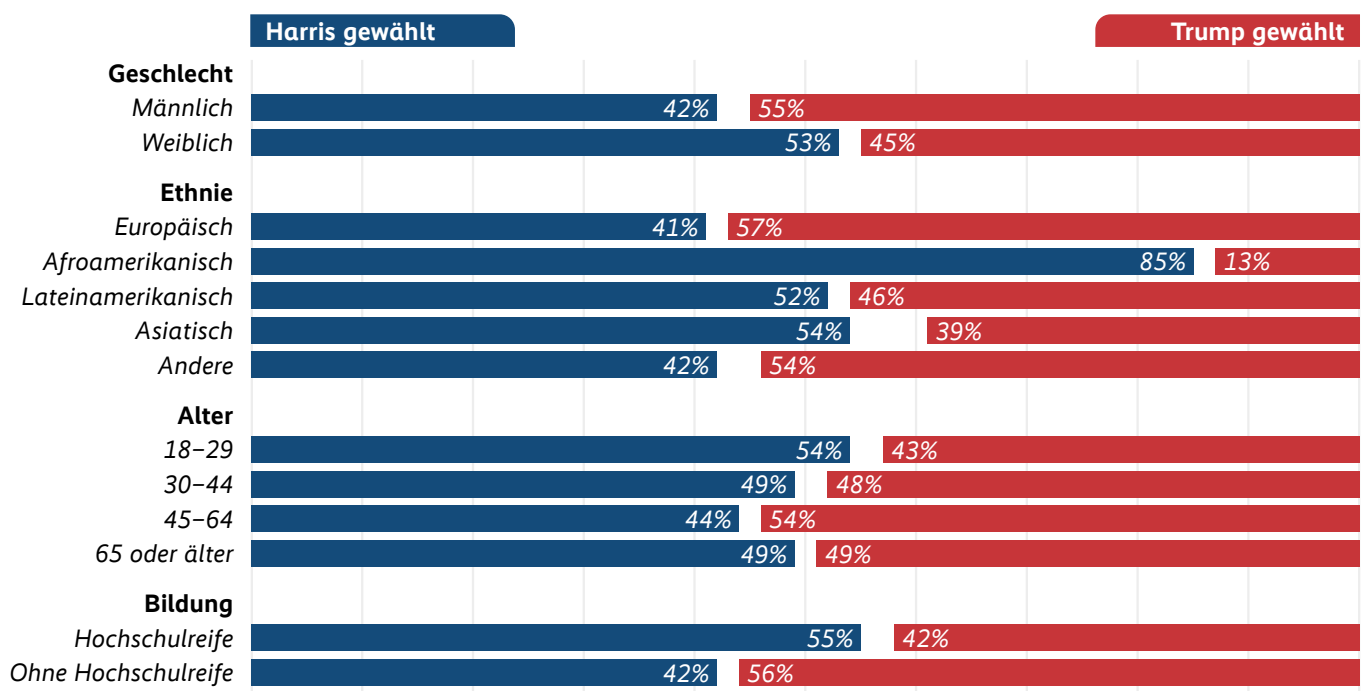
Bedeutet Trumps Wahlsieg und Wählerkoalition also, dass die Demokraten ihre politischen Mehrheiten auf absehbare Zeit verloren haben? So düster ist es nicht. Trumps Koalition wird sich 2026 und 2028 nicht einfach nachbilden las-

sen. Zudem war sein Sieg 2024 knapper, als es das *Electoral College* erscheinen lässt: Trump hat zwar die meisten Stimmen bekommen – seit zwanzig Jahren zum ersten Mal für die Republikaner –, aber [weniger als die Hälfte](#) wählte ihn zum Präsidenten. Sein Sieg war eher der Schwäche der Demokraten als der eigenen Stärke geschuldet. Zwar bekam er knapp zwei Millionen Stimmen mehr als vor vier Jahren, doch die Demokraten verloren gleichzeitig sieben Millionen im Vergleich zu Bidens Gesamtstimmenzahl im Jahr 2020.

Und noch etwas könnte den Demokraten mit Blick auf 2026 und 2028 zugutekommen: Nichts an Trumps Team – unter ihnen auch Milliardäre wie Elon Musk, Howard Lutnick und Scott Bessent – und seinen wirtschafts- und sozialpolitischen Ansätzen deutet darauf hin, dass seine angekündigte Politik die Lebenshaltungskosten für Beschäftigte senken wird. Im Gegenteil: Trumps Zölle würden die [Kosten für US-Haushalte um 2.600 US-Dollar pro Jahr erhöhen](#). Auch die massenhafte Abschiebung von Einwander:innen und geplanten Kürzungen bei Sozialprogrammen zur Finanzierung von Steuersenkungen für hohe Einkommen könnten bei der Basis für Unmut sorgen, wenn klar wird, dass sie Wachstum bremsen, Einkommen verringern und steigende Arbeitslosigkeit verursachen. Die Demokraten sollten die Beschäftigten in Industrie und Handel deshalb vier Jahre lang konstant daran erinnern, dass Trump ihnen spürbare Verbesserungen versprochen hat und ihn an seinen Taten messen. Demokratische Staaten müssen es auch öffentlichkeitswirksam besser angehen.

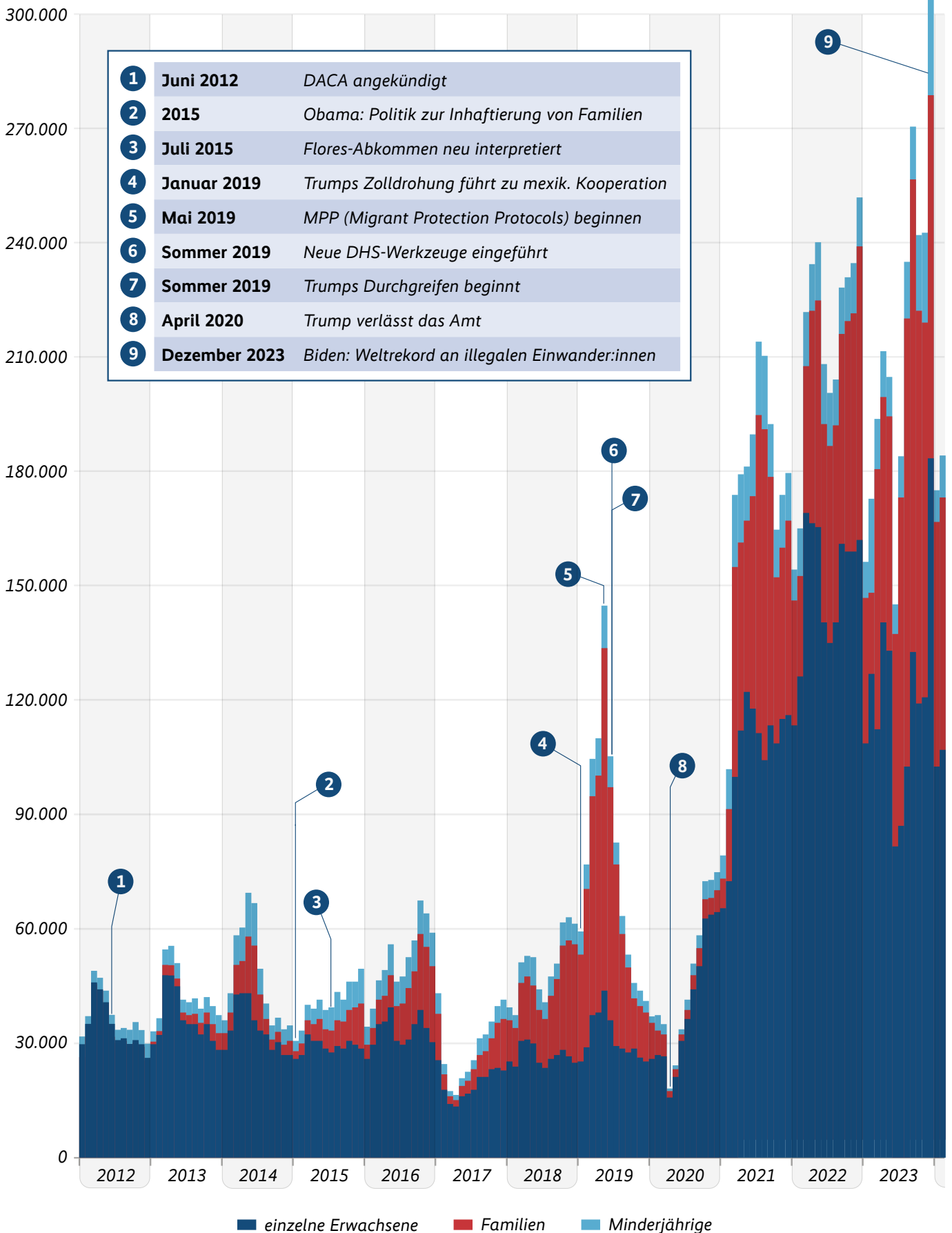
## Nachwahlbefragungen: Demografische Gruppen

Abb. 1



Quelle: »How America voted in maps and charts«, in: BBC News, 8. November 2024.





Quelle: Bump, Philip (2024): »Updating (and fixing) Trump's favorite chart«, in: Washington Post, 24. Oktober 2024.

## 2.4 Ungelöstes Problem Einwanderung

Einwanderung, insbesondere illegale Einwanderung, war die größte Sorge der Wählenden in den USA, vor allem unter den Republikanern. Nur Inflation wurde als noch wichtiger und besorgniserregender erachtet. Migration war also ein Hauptthema dieser Wahl, auch weil die Republikaner es dazu machten. Einwanderung ist für sie ein traditionell starker Themenbereich und treibt ihre Stammwähler verlässlich an die Wahlurnen – bemerkenswerte 48 Prozent der republikanischen Wählerschaft sagten in einer Umfrage, dass Einwanderung für sie das wichtigste Thema sei.

Illegale Einwanderung hat – vermutlich mehr als alle anderen Themen – für den politischen Wiederaufstieg von Trump gesorgt. Es war auch das Thema, bei dem er den größten Vorsprung gegenüber Harris verzeichnen konnte: 15 Prozentpunkte Unterschied. Laut einer Umfrage war Einwanderung schon immer Trumps Hauptthema, und die öffentliche Meinung hat sich hier in den letzten vier Jahren [zu seinen Gunsten verschoben](#). Im Juli 2024 zeigte eine Gallup-Umfrage zudem, dass 55 Prozent der US-Amerikaner:innen eine Einschränkung der Einwanderung unterstützen (2020 lag dieser Anteil bei lediglich 28 Prozent).

Politische Vorhaben zur Einwanderungsprävention, die in der Vergangenheit als kontrovers galten, wurden zudem weitgehend normalisiert. So unterstützt nun eine [Mehrheit](#) der amerikanischen Bevölkerung den Bau einer Mauer an der Südwestgrenze (53 %) und Massenabschiebungen werden laut Umfragen mittlerweile von der breiteren Öffentlichkeit unterstützt (51–62 %; [2016: 34 %](#)).

Die Sorgen des amerikanischen Volkes in Bezug auf Einwanderung spiegeln sich vor allem an der Südwestgrenze wider. Es war offensichtlich, dass die Wähler:innen von dem Ansatz der Biden-Administration zur Grenzkontrolle frustriert waren; sie empfanden die Grenzübergänge als außer Kontrolle geraten. Trump führte bei seinen Auftritten wiederholt eine [Grafik](#) vor, die den Anstieg von Grenzübertritten zeigt (siehe Abbildung 2).

Diese Grafik gibt den Sachstand korrekt wieder: Unter der Biden-Administration hat es eine Rekordzahl von Einwander:innen an der Südwestgrenze gegeben. Der starke Zustrom nach dem Ende der Corona-Pandemie, wirtschaftliche Not, politische Unruhen und neu geschaffene Migrationsrouten brachte eine große Zahl von Migrant:innen an die Grenze. Der starke US-Arbeitsmarkt erwies sich dabei als ein wirksamer Magnet.

Einwanderung war für die Demokraten schon immer ein schwieriges und kontroverses Thema, das sie lange kleinhalten wollten. Ihnen fehlt diesbezüglich ein nach vorne gerichtetes Narrativ und eine Vision; stattdessen befanden sie sich zumeist in der Defensive. Als Antwort auf die Angriffe der Republikaner kamen die Demokraten diesen beim Thema Einwanderung immer weiter entgegen, auch durch ein außergewöhnlich konservatives [Einwanderungs-](#)

[und Grenzgesetz](#), dass [Trump](#) jedoch blockierte, da er das umstrittene Thema für die Wahl brauchte. Darüber hinaus [veränderte Biden seinen Ansatz](#) drei Jahre nach seiner Wahl und konzentrierte sich von da an stärker auf Rechtsdurchsetzung, Einschränkungen und Strafen. Harris setzte diesen Ansatz, der einem populistischen Schwenk gleichkam, auf ihrer Wahlkampftour fort und konzentrierte sich stark auf Grenzschutz und Überwachung.

Diese Kehrtwende und der entsprechende Rückgang der Einwanderungszahlen kam für die Wähler:innen zu spät. [Lügen](#) über Einwanderung und Einwander:innen von den Republikanern und Trump, entsprechende Änderungen in der öffentlichen Meinung sowie ein Mangel an Vision der Demokraten machten Migration zu einem Verliererthema für die Demokraten. Zudem ist die [Anti-Migrationsstimmung](#) im Land mit der wirtschaftlichen Lage verbunden sowie mit Sorgen über Inflation und Wirtschaft. Gleichzeitig wurde Einwanderung oft auch mit Wohnpreisen und [Kriminalität verknüpft](#) – alles Themen, welche die Wähler:innen bei dieser Wahl beschäftigten.

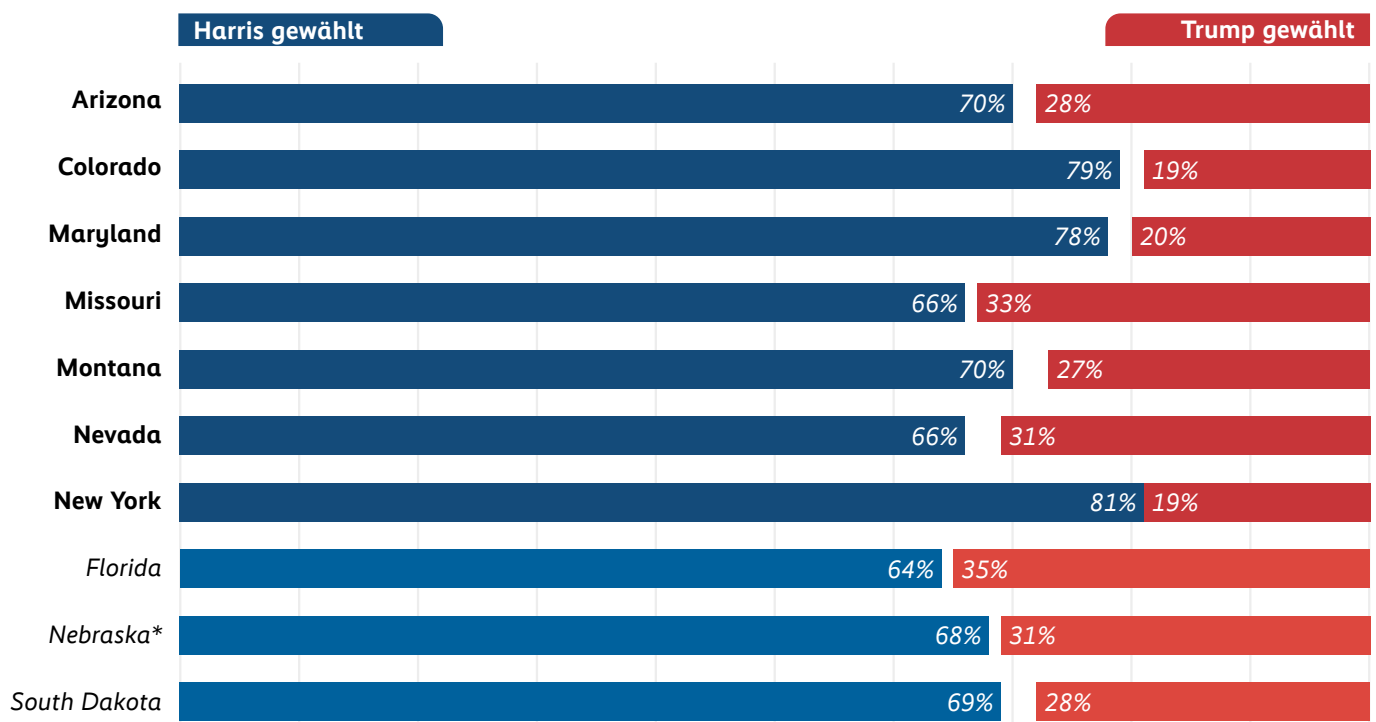
Die Republikaner, insbesondere Donald Trump, haben das Thema Einwanderung erfolgreich [gegen die Demokraten instrumentalisiert](#), indem sie wirtschaftliche Bedenken und [überlastete Einwanderungssysteme](#) sowie die damit verbundene Angst und Frustration nutzten. Dabei wird auch den Republikanern klar sein, dass die etwa elf Millionen illegalen Einwander:innen Teil der US-Wirtschaft sind; nicht wenige zahlen trotz der Illegalität Steuern. Zudem benötigen die USA laut mehrerer geführten Expert:innengespräche eine Einwanderung von etwa vier Millionen Menschen pro Jahr.

## 2.5 Abtreibung – das Thema, das keines war

Die Demokraten haben den Zugang zu Abtreibung als ein Hauptthema in ihrem Wahlkampf hervorgehoben. Mit 175 Millionen US-Dollar gaben sie in den Senatsrennen mehr Geld für [Fernsehwerbung zum Thema Abtreibung](#) aus als bei allen anderen Themen wie Wirtschaft, Einwanderung oder Gesundheitsversorgung. Vizepräsidentin Harris machte Abtreibungsrechte zu einem Schwerpunkt ihrer Kampagne und wurde generell als bessere Botschafterin als Biden zu diesem Thema wahrgenommen. Die Medien-Kommentare waren sich einig, dass sie während der Debatte am stärksten [auftrat](#), als es um Abtreibungsrechte ging. Auch in ihrer [Schlussbotschaft](#) vor der Wahl hob sie die Abtreibungsrechte neben Wirtschaft, Demokratie und Freiheit hervor.

Abtreibung war ein Thema, das den Demokraten bei den Zwischenwahlen 2022 Gewinne brachte. Die Republikaner erkannten, dass dies ein [Schwachpunkt ihrer Partei](#) ist. 63 Prozent der Amerikaner:innen sind der [Meinung](#), dass Abtreibung in allen oder den meisten Fällen legal sein sollte. Auch deshalb glaubten die Demokraten, dass das Thema für die Präsidentschaftswahl überzeugend sein könnte. Es

## Abstimmungsergebnisse unter Wähler:innen, die für den Schutz von Abtreibungsrechten gestimmt haben

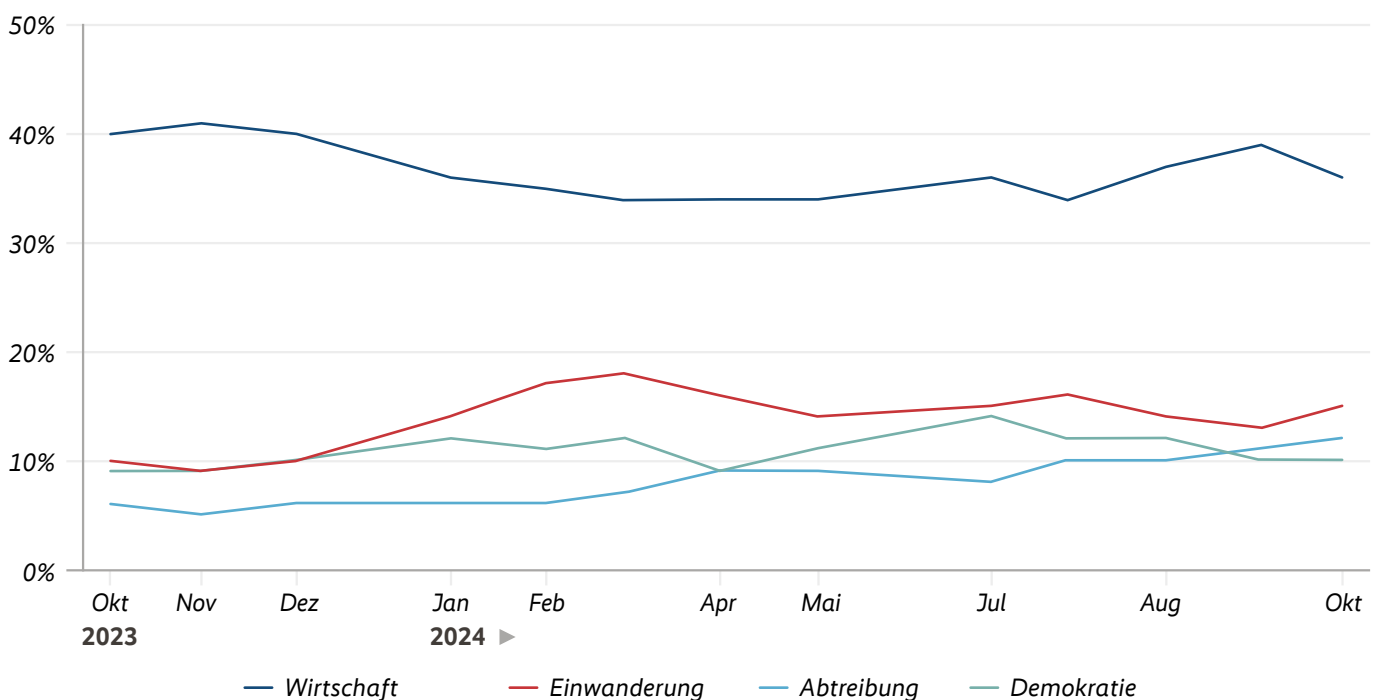


Anmerkung: \* Bezieht sich auf Wähler:innen in Nebraska, die für die Initiative zum Schutz von Abtreibungsrechten gestimmt haben. Nebraska war bei dieser Wahl der einzige Bundesstaat mit zwei konkurrierenden Abstimmungsinitiativen zum Thema Abtreibung. In den fett hervorgehobenen Bundesstaaten wurden die Initiativen zur Ausweitung des Zugangs zu Abtreibung erfolgreich angenommen.

Quelle: »Abortion Was a Motivating Factor for Many Voters in Tuesday's Election but Ranked Lower Than Concerns About the Economy«, in: KFF, 6. November 2024.

## Die größten Sorgen der Wähler:innen in Swing States

Antworten auf die Frage: »Was ist für Sie das wichtigste Thema bei der Entscheidung, wen Sie bei der US-Präsidentenwahl im November 2024 wählen?«



Mufarech, Antonia (2024): »How Abortion Motivated US Voters«, in: Bloomberg, 6. November 2024.

gelang ihnen, in zehn Staaten Abstimmungen zum Thema Abtreibung auf den Wahlzettel zu setzen, in der Hoffnung, dass dies den Demokraten insgesamt helfen würde. Sieben dieser zehn Abstimmungen verliefen [erfolgreich](#), drei scheiterten. In all diesen Bundesstaaten [lagen](#) die Abstimmungsergebnisse zur Abtreibung vor denen von Kamala Harris. In Nevada, Missouri und Arizona beispielsweise stimmten mindestens drei von zehn Wähler:innen [für Abtreibungsrechte und gleichzeitig für Trump](#).

Dieses Ergebnis zeigt, dass Trumps [unklare Einstellung zur Abtreibung](#), also seine Aussage, dass er die Entscheidung darüber den Bundesstaaten überlassen würde, [erfolgreich war](#). Umfragen zeigen auch, dass Abtreibungsrechte das wichtigste Thema für hoch gebildete, politisch engagierte Demokrat:innen war. Diese waren für den Ausgang der Präsidentschaftswahl in den sieben Swing States jedoch nicht entscheidend. Dies wäre [eine Erklärung, warum](#) das Thema 2022 erfolgreicher mobilisierte als 2024 – hoch engagierte Wähler:innen geben bei den *Off-cycle*-Wahlen eher ihre Stimme ab als die weniger Engagierten. [Umfragen](#) haben zudem immer wieder festgestellt, dass Sorgen um die Wirtschaft, insbesondere die [Inflation](#), einen [höheren Stellenwert](#) hatten als die Frage um Abtreibung.

# 3 Wahlen zum Kongress

Neben dem Präsidenten wurde auch ein Drittel des Senats sowie das gesamte Repräsentantenhaus neu gewählt. Die Republikaner erhofften sich die Kontrolle beider Kammern und damit die Chance, möglichst viel von Donald Trumps Agenda umsetzen zu können. Die Demokraten erkannten hingegen schnell, dass ihre Chancen, die Mehrheit im Senat zu halten, gering waren und setzten darauf, eine knappe Mehrheit im Repräsentantenhaus zu gewinnen. Gelungen ist es ihnen nicht. Die Republikaner haben die Mehrheit im Senat gewonnen und das Repräsentantenhaus mit einem Verlust von zwei Sitzen knapp verteidigt. Viel hängt nun davon ab, wie diszipliniert der neu gewählte Mehrheitsführer im Senat, John Thune, und der Sprecher des Repräsentantenhauses, Mike Johnson, ihre jeweiligen Fraktionen zusammenhalten können.

## 3.1 Festgefahrener Senat

Im Senat standen 2024 33 Sitze zur Wahl, von denen die Demokraten 23 verteidigen mussten, um ihre bisherige Mehrheit (51/49) zu halten. Mit dem Rücktritt von Joe

Manchin in West Virginia ging ein Staat bereits vor der Wahl verloren, was die Rennen in den anderen Staaten umso bedeutender machte. Von den sieben Swing States fanden in fünf Senatswahlen statt, von denen nur Pennsylvania verloren ging. Der Demokrat Ruben Gallego konnte sich in Arizona gegen die sehr unpopuläre Kari Lake durchsetzen, obwohl Trump den Staat gewann. Elissa Slotkin gewann in Michigan ein knappes Rennen gegen Mike Rogers.

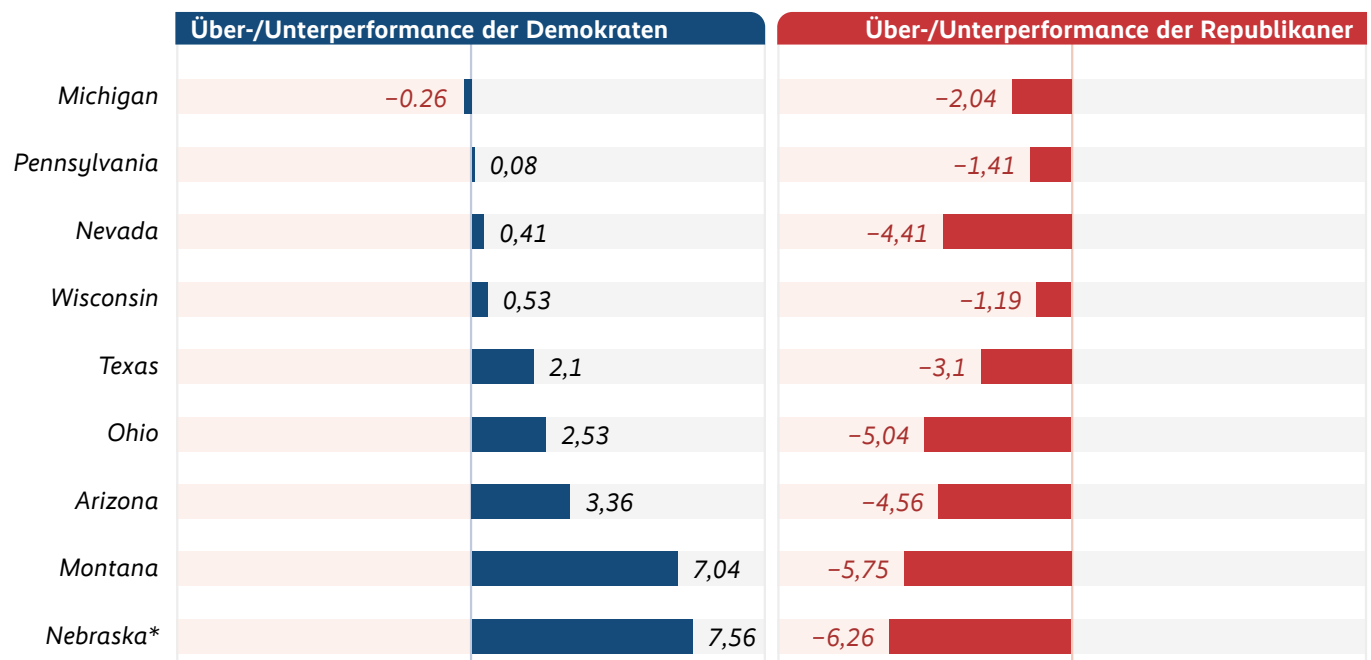
Jacky Rosen konnte ihren Sitz in Nevada knapp gegen Sam Brown verteidigen, ebenso wie Tammy Baldwin in Wisconsin gegen Eric Hovde. Hinzu kamen die Niederlagen demokratischer Senator:innen in republikanischen Staaten: Vier Sitze konnten die Republikaner hinzugewinnen, darunter West Virginia; ein bitteres Ergebnis für die Demokraten, aber bei Weitem besser als befürchtet. Zwölf Senator:innen wurden in diesem Jahr zum ersten Mal gewählt, sechs Republikaner:innen und sechs Demokrat:innen.

Mit Joe Manchin in West Virginia, Sherrod Brown in Ohio und Jon Tester in Montana hatten die Demokraten bislang drei Sensoren in ansonsten dunkelroten Staaten, die noch

## Über-/Unterperformance der Demokraten vs. Republikaner im Senat

Abb. 5

Unterschied im prozentualen Stimmanteil der Kandidat:innen bei den Senats- und Präsidentschaftswahlen



Anmerkung: \* In Nebraska trat ein unabhängiger Kandidat an und kein Demokrat.

Quelle: Taylor, Jessica (2024): »What Was Behind the Return of Senate Split-Ticket Voting«, in: Cook Political Report, 19. November 2024.



an eine Zeit erinnerten, als die Demokraten die Partei der Arbeiterklasse waren. Der Wechsel genau dieser Wählergruppen zu den Republikanern hatte jedoch längst begonnen. Mit dem Ausscheiden von Joe Manchin und den Niederlagen von Tester und Brown – ausgerechnet gegen einen Unternehmer (Tim Sheehy) und einen Gebrauchtwagenhändler (Bernie Moreno) – ist der Wechsel nun vollzogen.

Sowohl Sherrod Brown als auch Jon Tester distanzieren sich von Harris und machten Wahlkampf auf eigene Tour als konservative Demokraten in konservativen Staaten. Diese Wahlkampfstrategie hat sich zwar bewährt – beide erhielten in ihren Staaten mehr Stimmen als Kamala Harris –, aber am Ende reichte es nicht. Insgesamt schnitten die demokratischen Senatskandidat:innen (und ein unabhängiger in Nebraska) in mehreren Staaten, die sie knapp verloren, besser ab als Harris. Lediglich in Michigan und Pennsylvania war ihr Ergebnis um einige Dezimalstellen schlechter. Die progressivsten Senator:innen, Bernie Sanders aus Vermont und Elizabeth Warren aus Massachusetts, schnitten in ihren jeweiligen Staaten schlechter ab als Harris.

Pennsylvania war der härteste Verlust für die Demokraten und der erfolgreichste Staat für die Republikaner – ausgerechnet ein Bundesstaat, der traditionell als einer der *Blue Wall States* galt: Harris konnte den Staat nicht gewinnen und Senator Bob Casey verlor seine Wiederwahl gegen den Republikaner Dave McCormick mit 0,2 Prozentpunkten, wodurch die Republikaner 53 Sitze im Senat erringen konnten. Zudem konnte die GOP in Pennsylvania zwei demokratisch kontrollierte Sitze im Repräsentantenhaus hinzugewinnen.

### 3.2 Republikaner halten Stand im Repräsentantenhaus

Der Sieg der Republikaner im Repräsentantenhaus war eine Überraschung. Vor der Wahl hatten Wahlexpert:innen mit einer knappen Mehrheit für die Demokraten gerechnet. Doch die unerwartet starke Hinwendung der Wähler:innen zu Donald Trump und der GOP führte dazu, dass die Republikaner die Mehrheit im Repräsentantenhaus knapp halten konnten. Für die Demokraten hätte das Ergebnis zudem deutlich schlechter ausfallen können; sie gewannen zwei Sitze hinzu. Strukturell bleibt es im Repräsentantenhaus somit eng. Mit rund 7.500 Stimmen mehr in drei Wahlkreisen hätten die Demokraten die Kontrolle über das Repräsentantenhaus gewinnen können. Insgesamt haben neun Abgeordnete ihre Wiederwahl verloren: fünf Demokraten und vier Republikaner. Besonders schwer wiegt der Verlust von Mary Peltola in Alaska. Die konservative Demokratin hatte ihren Sitz erst 2022 in einer Sonderwahl gewonnen und muss ihn nun wieder abgeben. Positiv waren hingegen die Wahlsiege von Marcy Kaptur in Ohio und Jared Golden in Maine, beide mit weniger als 0,7 Prozent in Staaten, in denen Trump mit mehr als neun Prozent Vorsprung gewann.

Eine große Bedeutung bei dieser Wahl kam der Israel-Politik der Demokraten zu. Der Fokus lag zwar auf dem Weißen Haus, aber auch im Repräsentantenhaus war dies ein großes Thema. Auf der einen Seite wurden Joe Biden und die Demokraten der Beihilfe zum Völkermord beschuldigt, auf der anderen Seite forcierten die Republikaner und das American Israel Public Affairs Committee (AIPAC) das Narrativ, die Demokraten seien antisemitisch und israelfeindlich (AIPAC investierte mehr als 100 Millionen US-Dollar in den Wahlkampf). Besonders anvisiert wurden dabei Mitglieder der sogenannten »Squad«, dessen Mitglieder relativ linke Demokrat:innen sind. AIPAC versprach, sowohl in den Vorwahlen als auch in der Hauptwahl Gegenkandidat:innen zu finanzieren. In den Vorwahlen konnten sie zwei Erfolge verzeichnen: Sowohl Cori Bush aus Missouri als auch Jamaal Bowman aus New York verloren ihre Vorwahlen. Trotzdem gewannen die Demokraten diese beiden Bezirke recht deutlich. Die anderen »Squad«-Mitglieder gewannen ihre Wahlkreise ohne Probleme: Ilhan Omar und Rashida Tlaib, beide sehr offen in ihrer Kritik an Joe Biden und die einzigen muslimischen Frauen in der Geschichte des US-Kongresses, gewannen mit 50 bzw. 45 Prozent Vorsprung und sitzen damit in zwei der demokratischsten Wahlkreise überhaupt. Diese Ergebnisse deuten an, dass die Israelpolitik zumindest nicht im Repräsentantenhaus ausschlaggebend für die Mehrheitsverhältnisse war.

Mit 220 republikanischen und 215 demokratischen Abgeordneten ist die Mehrheit im Repräsentantenhaus noch knapper als 2022 nach den Zwischenwahlen. Bei diesem Mehrheitsverhältnis dürfen die Republikaner nur zwei Stimmen verlieren. Zudem hat Trump angekündigt, mehrere republikanische Abgeordnete für Posten in seinem Kabinett und als Botschafter zu nominieren. Damit schrumpft die Zahl der Republikaner im Repräsentantenhaus bis frühestens Mitte April auf 217, womit die Republikaner bereits mit einer Abtrünnigen Stimme keine Gesetze mehr verabschieden könnten. Die Nachbesetzung erfolgt nach den Wahlgesetzen des entsprechenden Staates. Schon jetzt hat Sprecher Mike Johnson Schwierigkeiten, seine Fraktion effektiv zusammenzuhalten. Nun wird mehr Druck denn je auf ihm lasten, um die Agenda von Donald Trump in den ersten Monaten seiner zweiten Administration durchzusetzen.

Auch im Senat sind Probleme zu erwarten: Trotz einer Mehrheit von vier Stimmen werden die Republikaner mit einigen Schwierigkeiten konfrontiert sein. So wie Joe Manchin ein Dorn im Auge der Demokraten war, gibt es fünf republikanische Senator:innen, die es Donald Trump schwer machen könnten: Lisa Murkowski aus Alaska und Susan Collins aus Maine sind relativ gemäßigt und stimmen in Einzelfragen mit den Demokraten. Thom Tillis aus North Carolina sitzt in einem Swing State und steht 2026 zur Wiederwahl. Mitch McConnell, der ehemalige Mehrheitsführer im Senat, tritt 2026 nicht mehr an und hat sich in der Vergangenheit kritisch zu Trump geäußert. Schließlich kommt John Curtis aus Utah dazu, der den Sitz von Mitt Romney übernimmt. Curtis ist ehemaliger Demokrat und saß von 2017 bis 2024 als Republikaner im Repräsentantenhaus, wo er als moderat galt.

Den Demokraten mag es diesmal glimpflich ergangen sein, doch Grund zum Feiern gibt es nicht. Wie die Ergebnisse 2024 gezeigt haben, werden die Senatssitze weder in Texas noch in Florida auf absehbare Zeit zu den Demokraten wechseln, und es gibt außer Tillis' Sitz in North Carolina und Collins' Sitz in Maine nur wenige Möglichkeiten, Senatssitze hinzuzugewinnen. Die Demokraten haben damit in den kommenden Jahren kaum die Möglichkeit, im Senat mehr als 54 Sitzen zu bekommen.

Donald Trump mag zwar die sogenannte *trifecta* (Kontrolle über das Weiße Haus, den Senat und das Repräsentantenhaus) erreicht haben, besitzt mit diesen knappen Mehrheiten jedoch nicht das umfassende Mandat zur Umsetzung all seiner Maßnahmen, das ihm seine Wähler:innen zuschreiben.

# 4 Aussichten

## 4.1 Neuorientierung der Demokraten notwendig

Die Niederlage der Demokraten hat die Partei tief getroffen. Die Analyse der Statistiken zum Wählerverhalten zeigt, dass gerade die arbeitende Bevölkerung, Latinos sowie zum Teil auch schwarze und jüngere Menschen nicht die Demokraten, sondern die Republikanische Partei gewählt haben, mit einem Spitzenkandidaten, der mit rassistischen Bemerkungen nicht geizte. Und das, obwohl die Wahlkampagne der Demokraten nicht unter einem Mangel an Volontär:innen, Geld oder Spitzenpersonal des US-amerikanischen und damit des internationalen Showbiz gelitten hat.

Die Partei muss sich nun mit den Vorwürfen auseinandersetzen, die sie schon seit geraumer Zeit zu hören bekommt: arrogant im Umgang mit den verlorenen Wählerschichten, elitär in der Außenkommunikation, unfähig in der Priorisierung von Themen und ignorant gerade gegenüber den Bedürfnissen der Arbeiterschaft und Minderheiten. Dies gilt natürlich nicht in jedem Fall und auch nicht flächendeckend. Doch gerade bei den Demokraten geht es nun um die Wiederentdeckung und Wiederbelebung des vor knapp hundert Jahren definierten amerikanischen Traums – also vor allem um die Möglichkeit, mit ehrlicher Arbeit auch weiterhin ein gutes und erfülltes Leben führen zu können, ohne die permanente Sorge des Abstiegs.

Es macht die Sache für die Demokraten nicht einfacher, dass der Sieg der Republikaner nicht das Ausmaß eines Erdbebens angenommen hat. Nur das deutliche Wahlergebnis des *Electoral College* gaukelt einen klaren Sieg der Republikaner vor. Trotz ihrer Niederlage hat Kamala Harris mit knapp über 70 Millionen Stimmen ein historisch gutes Ergebnis eingefahren. Die Demokraten versuchten in ihrer kurzen, aber geeinten Wahlkampagne ihre Vorstellungen der kommenden vier Jahre zu erklären, sind damit aber nicht durchgedrungen. Trumps Ansatz, ein katastrophales Bild der USA zu malen und populistische Problemlösungen aufzuzeigen, war deutlich erfolgreicher – auch wenn die daraus folgende Politik eher ein Anschlag auf die demokratischen Institutionen werden dürfte als eine Antwort auf die Bedürfnisse der amerikanischen Bürger:innen.

Mehr noch, wie soll mit einem politischen Gegner umgegangen werden, der es mit der Wahrheit nicht ernst meint oder sie beim Erreichen politischer Ziele gar als überflüssig ansieht? Wie mit einer Bevölkerung umgehen, die Umfragen zufolge nicht mehr an das Fundament der amerikanischen Gesellschaft glaubt – also den amerikanischen Traum im Rahmen des bestehenden Systems und ihrer Ins-

titutionen. Überdies stellt sie nicht nur den Traum infrage, sondern auch das dafür notwendige politische System. Laut Umfragen unter der jungen Bevölkerung ist diese pessimistische Sicht weit verbreitet, die eine Durchlässigkeit der verschiedenen sozialen Schichten nicht mehr für glaubhaft hält und nicht einmal mehr den Ansatz sozialer Gerechtigkeit erkennen kann.

Die Wahlen zum Kongress, die gleichzeitig mit den Präsidentschaftswahlen stattfanden, zeigen jedoch auch, dass die Demokraten durchaus Wahlen gewinnen können. Während die Bevölkerung Arizonas Trump den Vorzug als Präsident gab, wählte dieselbe Bevölkerung einen Demokraten zum Gouverneur. Und dieses Verhalten war keine Ausnahme. Deshalb sind der Senat und das Repräsentantenhaus fast pari besetzt, mit einem leichten Vorteil für die Republikaner in beiden Kammern.

Die Demokraten stehen nun vor der Herausforderung, die Schlüsse aus den Wahlanalysen beider Flügel, also dem eher konservativen und dem eher linken, in klare politische Positionen umzuformulieren, um für eine breite Wählerschaft Lösungen für die nicht zu knapp bemessenden Probleme der USA anzubieten. Gelungene Beispiele sind in vielen Kommunen und Staaten vorhanden. Für die kommenden Jahre muss es die Aufgabe der Demokraten sein, die Demokratie in den USA und ihre Institutionen glaubwürdig zu verteidigen und gleichzeitig die harsche und zum Teil berechtigte Kritik an eben diesen Institutionen zu berücksichtigen.

## 4.2 Republikaner in Trumps Händen?

Der Gewinner der Wahl, die Republikanische Partei, steht vor nicht minder großen Herausforderungen. Aufgrund ihres Spitzenkandidaten und nun erneut gewählten Präsidenten Donald Trump hat die Partei einen politischen Weg eingeschlagen, der kaum noch republikanisch oder konservativ zu nennen ist. Denn ähnlich wie einst Ronald Reagan, republikanischer Präsident von 1980 bis 1988 und bis heute sehr beliebt in der Republikanischen Partei, in seinen Wahlkämpfen propagierte, kritisiert die Partei den Staat als Last denn als notwendiges Fundament eines politischen Systems.

War der Staat bei Reagan vor allem die politische Elite in Washington, so geht die Kritik der Republikaner unter Donald Trump weit tiefer. Es ist eben nicht nur die Elite des Staates, sondern das demokratische System – die Institu-

tionen, die Gesetzgebung und sogar die Gewaltenteilung. Die Partei opponiert, im Widerspruch zu ihrem Anspruch als konservative Partei, den Status quo und strebt einen Umbau des demokratischen Systems an. Die angekündigte Einschränkung der Eigenständigkeit der Justiz ist eine existenzielle Bedrohung der Grundlagen, auf denen die amerikanische Demokratie seit knapp 250 Jahren aufbaut.

Dazu gehört auch, dass unter einem Präsidenten Trump Loyalität mehr bedeutet als Fachwissen und Führungskompetenz. Dies gilt auch für die Partei, in welcher der so wichtige innerparteiliche kritische Diskurs fast völlig zum Erliegen gekommen ist. Durch den Schulterchluss der GOP mit Milliarden der konservativen Tech-Unternehmen kommt es zu einer unheilvollen Konzentration von Macht und Geld.

Trump trägt fiskalische Positionen vor, die im Widerspruch zu den Werten der Partei stehen. Er steht für Steuererleichterungen, die dem Staat weniger Geld in die Kassen spülen, kürzt aber nicht die staatlichen Ausgaben – wie übrigens auch Reagan. Im Ergebnis wird das staatliche Haushaltsdefizit weiter wachsen, so wie auch in Trumps erster Regierungszeit geschehen. Der von den Republikanern stets verfolgte Weg des ungehemmten Marktes verengt sich dadurch bemerkenswert. Es bleibt abzuwarten, ob dieses Vorgehen bei der Republikanischen Partei tatsächlich Anklang finden wird. Bisher war sie strikt gegen allzu viele staatliche Vorgaben für den Markt.

Eine weitere Herausforderung für die GOP ist es, den neu gewonnenen Wählerschichten, also vor allem den Arbeiter:innen, den Latinos und den jüngeren Menschen Ergebnisse vorzulegen, die diese längerfristig an die Partei binden – und dies bei einer Kernwählerschaft, die zu einem nicht geringen Maße weiterhin aus sehr gut verdienenden Bürger:innen besteht und wenig mit den neu gewonnenen Wähler:innen gemein hat.

Die unter Trump zunehmend geforderte Direktive aus Washington steht nicht nur im Widerspruch zum Föderalismus der USA, sondern auch zu dem eigenen Anspruch, einen Kontrast zu den Eliten in der Hauptstadt zu bilden. Es ist abzusehen, dass republikanische Gouverneur:innen eher auf ihren eigenen Staat schauen werden, um eine Wiederwahl sicherzustellen, als bei Interessenkonflikten die Vorstellungen der Zentralmacht umzusetzen.

So klar der Sieg der Republikaner bei den Präsidentschaftswahlen ausschauen mag, so knapp ist er doch im Verhältnis zu den Bürger:innen ausgefallen. Bei etwa 320 Millionen Einwohner:innen haben knapp fünf Millionen Menschen mehr für Trump als für Harris gestimmt. Es war mehr eine Personenwahl, so erstaunlich sich das bei der Persönlichkeit von Donald Trump auch anhören mag, als eine Wahl für die Partei selbst. Sie wird in den kommenden Jahren nicht umhinkommen, ihre noch geltenden Werte zu definieren. Und dies wird kein Parteiapparat beantworten, sondern die Summe der Abgeordneten und Senatoren im Kongress.

### 4.3 Internationale Politik: EU, bitte anschallen

Die USA sind auch 2024 immer noch das militärisch und wirtschaftlich überragende Land der Welt. Sie erwirtschaften etwa die Hälfte des Bruttoinlandsprodukts der G7, der großen westlichen Wirtschaftsnationen. Zudem stellen sie die stärkste Armee mit den modernsten konventionellen und atomaren Waffen. Und doch sind sie eine Macht, die in Zukunft nicht mehr weltweit so omnipräsent ihre Vorstellungen durchzusetzen vermag, wie in den 30 Jahren nach dem Zerfall der Sowjetunion und dem Ende des Kalten Krieges – zum einen da sich die Welt von einem Zwischenspiel amerikanischer Unipolarität hin zu einer stärker multipolaren Welt bewegt, zum anderen weil die Abkehr von einem globalen Engagement durch die Trump-Administration, die von einer »America First«-Mentalität angetrieben wird, und der Vertrauensverlust der Verbündeten in die USA die globale Bewegung in Richtung Multipolarität noch beschleunigen.

Die Nominierungen der außen- und sicherheitspolitischen Entscheidungsträger der zweiten Trump-Regierung belegen diese Entwicklung: Sowohl Sicherheitsberater Michael Waltz, Abgeordneter aus Florida, und Außenminister Marco Rubio, Senator aus Florida, sind keine Unterstützer einer global agierenden USA. Sie vertreten zwei Strömungen, die zum einen außenpolitische Prioritäten setzen will, und zum anderen eine Priorisierung der USA auf das eigene Land vorsieht und das internationale Engagement eher kritisch einschätzt.

Die Priorisierung bezieht sich vor allem auf China, dass auch von den vorherigen US-Regierungen als eine Herausforderung und Bedrohung angesehen wurde. Aufgrund der wirtschaftlichen Stärke Beijings und der zunehmenden Multipolarität der globalen Unsicherheit fürchten führende Republikaner, dass diese Aufgabe die ganze Kraft der US-Administration in Anspruch nehmen wird, mit starker Unterstützung der amerikanischen Industrie und dem Privatsektor. Andere Konflikte, wie der im Nahen Osten und in Osteuropa, treten daher zunächst deutlich in den Hintergrund und dürften von den USA nicht prioritär angegangen werden.

Dies bedeutet, dass sich die EU und insbesondere Deutschland darauf konzentrieren müssen, die europäische Sicherheit auch mit europäischen Mitteln zu gewährleisten. Das bezieht sich erstens auf den europäischen Teil der NATO, zweitens auf die gemeinsame Organisation militärischer Industrie im EU-Verbund und drittens auf die Sicherstellung europäischer Handelswege weltweit, was großen strategischen Sachverstand in einer Union erfordern wird, die bei außenpolitischen Prioritäten oftmals uneinig agiert. Aufgrund der dafür anfallenden Kosten wird die historisch eigentlich schon abgeschriebene Frage nach »Guns or Butter« künftig auch die innenpolitische Debatte in nicht wenigen EU-Staaten bestimmen. Der EU könnte so das sicherheitspolitische Fundament unter den Füßen weg-

gezogen werden, zumal nicht nur die USA, sondern auch andere Staaten wie Indien, Brasilien oder die Türkei für eine Neuorientierung der globalen sicherheitspolitischen als auch wirtschaftlichen Sicherheit stehen.

Darüber hinaus wird der multilaterale Ansatz der internationalen Beziehungen durch die zweite Trump-Administration weiter infrage gestellt. Allianzen, also durch Werte und Interessen mittel- und langfristig geleitete Partnerschaften, werden nicht im Sinne der USA sein. Die neue Administration unter Trump wird vermutlich ihre bisherige Selbstverpflichtung, globale Verantwortung zu übernehmen, aufkündigen. An deren Stelle treten kurzfristige, interessengeleitete Ad-hoc-Gemeinschaften, die je nach Erfolg oder Misserfolg für die USA jederzeit aufkündbar sind. Der Freund von heute könnte der Widersacher von morgen sein – und umgekehrt. Die EU läuft Gefahr, von der neuen amerikanischen Außenpolitik aufgerieben zu werden. Indem einzelne EU-Staaten gegeneinander ausgespielt würden, könnte der Zusammenhalt in der Union geschädigt und die weitere europäische Integration erschwert werden.

Gleichzeitig besteht die Gefahr, dass die EU sich in eine »in-between«-Union entwickelt, zwischen den USA auf der einen sowie China und Russland auf der anderen Seite. Die USA, als klarer Taktgeber des Westens, der für die Staaten der EU seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges, und noch mehr seit dem Ende des Kalten Krieges, so wichtig war, würde zu einem nicht geringen Teil ausfallen. Die EU würde dann eine große Verantwortung tragen, multilaterale Prozesse und Institutionen sowie Umwelt- und Menschenrechte auch ohne die USA als Partner weiter voranzubringen.



## Über die Autor:innen

**Nathaniel Haas** arbeitet seit Mai 2022 als Capitol Hill Liaison & Program Officer für die Friedrich Ebert Stiftung USA & Kanada. Er hat einen B.A. in International Studies: World Politics and Diplomacy an der University of Richmond absolviert.

**Reinhard Krumm** leitet das Regionalbüro der Friedrich Ebert Stiftung USA & Kanada.

**Marlies Murray** kam im Dezember 2022 als Program and Communications Officer zur FES in Washington DC. Marlies war zuvor als Junior Program Officer des Aspen Institute Germany tätig, wo sie das Leadership Program leitete. Sie hat einen Bachelor of Arts in Politikwissenschaften von der Freien Universität Berlin, wo sie sich auf transatlantische Kooperation und internationale Beziehungen spezialisiert hat.

**Knut Panknin** ist Programmkoordinator für Arbeit und Soziales im FES-Büro in Washington DC. In dieser Funktion arbeitet er eng mit Gewerkschaften, politischen Entscheidungsträger:innen und der Zivilgesellschaft in Fragen der progressiven Wirtschaftspolitik, sozial-ökologischer Transformation, der beruflichen Bildung und der sozialen Gerechtigkeit zusammen. Außerdem koordiniert er das transatlantische Politiknetzwerk der »Globalen Atlantiker«.

**Hannah Tyler** ist derzeit Referentin für Außen- und Sicherheitspolitik, eine Position, die sie seit Januar 2023 besetzt. Zuvor war sie als Forschungsanalystin für Einwanderung beim Bipartisan Policy Center tätig. Sie hat einen Master in Europastudien von der Georgetown University und einen Bachelor in Geschichte und Theater von der Rice University.

## **Disruptor-in-Chief: Ein Mandat für radikalen Wandel?**

Die USA haben ihren 47. Präsidenten gewählt. Donald Trump hat nicht nur die Mehrzahl der Wahldelegierten gewonnen, sondern auch die meisten Wählerstimmen. Zudem stellen die Republikaner im Senat und im Repräsentantenhaus die Mehrheit. Damit verfügt er über eine solide Grundlage, um in seine angekündigte Politik durchzusetzen. Folgende Fragen stellen sich: Welche Wählerinnen und Wähler haben vor allem ihn gewählt und nicht seine Konkurrentin Kamala Harris? Was waren die entscheidenden Themen? Wie sind die gleichzeitig stattgefundenen Wahlen zum Kongress zu bewerten? Welche Schlüsse werden die Republikaner und die Demokraten aus den Wahlen ziehen? Was darf die EU in den kommenden Jahren von den USA erwarten?

Weitere Informationen zum Thema erhalten Sie hier:

➔ [fes.de](https://www.fes.de)